

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Vellagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Montag den 30. Juni 1930 Nummer 149

Kommunisten fordern

Arbeit und Brot für alle!

Arbeitsbeschaffungs-Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion — Mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen zu außerparlamentarischen Massenkämpfen!

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zur Beratung des Arbeitsetats folgenden Antrag ein:

Antrag

Stoeder, Torgler, Schröder (Merseburg), Häbel, Fran Meendje und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird aufgefordert, sofort nachstehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur Verringerung des Massenelends und zum Schutze der Volksgesundheit durchzuführen und entsprechende Gegenmaßnahmen vorzulegen:

- 1. Die tägliche Maximalarbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich auf sieben Stunden festgesetzt; für Bergarbeiter unter Tage, für Jugendliche auf 6 Stunden; die Leistung von Heberhanden ist verboten.
2. Den Anträgen auf Stilllegung der Betriebe darf nicht entsprochen werden; ebenso sind alle Betriebs-einsparungen unterlagt.
3. Alle Unternehmungen, private wie die des Reiches, der Länder und Gemeinden, haben die vorhandenen offenen und freizumachenden Arbeitsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden.
4. Zur Behebung der Wohnungsnot gibt das Reich an die Gemeinden und Gemeindeverbände Zuschüsse in der Höhe von 800 Millionen Mark zur Erstellung von gemeinde-eigenen Arbeiterwohnungen mit zwei bis drei Zimmern, Küche und Bad.
5. Für Arbeitsbeschaffung stellt die Reichsregierung außer dem bereits im Etat für die produktive Erwerbslosenfürsorge eingelegten Mitteln weitere 500 Millionen Mark zur Verfügung.

- werden, die in Zukunft die Hochwassergefahr verringern (Kügelregulierungen, Errichtung und Ausbau von Dämmen).
6. Zur Förderung des Baues von gemeindeeigenen Vorkinder-Kindertagesstätten werden 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.
7. Die Reichsbahnanlagen, besonders der Oberbau, sind beschleunigt zu erneuern. Die Reichsbahnhauptverwaltung ist anzumelden, die Erneuerung des 7000 Kilometer rückständigen, erneuerungsbedürftigen Oberbaues sofort und beschleunigt durchzuführen.
8. Der Ausbau von Volk- und Fernsprechanlagen ist beschleunigt durchzuführen.
9. Für den Bau von Kranenbauten und Heißbetten durch die Kommunen und Versicherungsträger hat die Reichsregierung 300 Millionen Mark an Zuschüssen zu überweisen.
10. Für Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Schwimmbädern und Turnhallen sind 100 Millionen aus Reichsmitteln an die Kommunen zu überweisen.
Berlin, den 28. 6. 1930.

Die wachsende Arbeitslosigkeit und damit die unausgesetzte Verhinderung des Massenelends muß eine gewaltige Bewegung zum Kampf um die Existenz der Werkstätten auslösen. Immer größer wird die Empörung der Massen, immer energischer die Forderung nach Arbeit und Brot. Aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Bauern werden durch die unausgesetzte Senkung der Massenlöhne zum Ruin getrieben.

„Der Rhein ist frei!“ Blatz dem Steuereintreiber!

Dresden, den 30. Juni.

Die bürgerliche Presse bemüht sich in gewundenen, Nebenwunden, den am Sonnabend von Brüning und Dietrich vorgelegenen Dedungsforderungen eine gute Aufnahme in den Massen zu bereiten. Das ist natürlich eine schwierige Aufgabe, und so bläst denn die ganze Meute in denselben Horn: „Es geht nicht anders.“ Die Dresdner Nachrichten, das inoffizielle Publikationsorgan der Nazis, ein Blatt, das sich nicht genug tun konnte in der Propaganda für das verlogene „Volksgesetz“ der Eugenbergs und Hitler, schießt natürlich den Vogel ab:

„Wer sich gegen sie (die Belastungen) wehrt... wird die Gründe etwas tiefer suchen müssen als es gemeinhin geschieht.“ um nachher lang und breit die verlogenen „Notgebiete“, die täglich dem Leser vorgelesen werden, wieder zu erwähnen, nachdem erst noch eine Geste wie die folgende ihre „Urschuld“ bezeichnen soll:

„So kann man diese Dedungsanfrage, die nun vorläufig Wirklichkeit wird, als in höherem Sinne ungerecht bezeichnen, und nur abnehmend werden die Betroffenen vor ihr Kenntnis nehmen.“

Nachdem für die Beamten nach niemoem Hin und Her nichts als der Trost des „Jahresrückblicks“ Tintenfalis herauskam, legt er aber los:

„Wenn dies aber geschieht so ist Voraussetzung, daß auch in den Tarifverträgen insbesondere der Arbeitermehrfachheit die gleichen Grundzüge sich durchziehen und daß nicht Lärche, unabhängig davon, wie es der jeweiligen Firma geht, durchgehalten werden können, die schließlich, wie man es bei der Firma Mansfeld und auch andersorts erlebt hat, zum Ruin der Unternehmungen führen.“

Die Lüge steht diesen Propagandisten an der Stirn geschrieben; denn alle Welt weiß, welche Milliardenpräfekte die deutschen Kapitalisten in den letzten Jahren machten. Ja, die Dresdner Nachrichten haben selbst erst vor kurzem über die glänzende Bilanz der Mansfeld-WG. berichtet. Aber Wahrheit ist Wahrheit; da kommt es auf einen Schwindel mehr oder weniger nicht an. Der Gipfel des Zynismus aber ist doch:

Die gesamte Dedungsanfrage ist deshalb auch unter dem Gesichtspunkte zu verstehen, daß alles vermieden werden muß, was die Kapitalisten befördern könnte. Die ... Maßnahmen, die zu einer Senkung der Kapitalbelastung führen ... sollen dazu beitragen, die Defiziteure der Steuerlast ... auszufüllen ...

Zum Schluß heißt es dann, daß der Eindruck der Ausführungen von Brüning und Dietrich „außerordentlich stark“ war infolge der „bitteren Notlage des Reiches und der Wirtschaft“.

Der Zweck solcher Stillungen, die natürlich nichts Neues sind, ist: den außerparlamentarischen Boden für diesen neuen Raubzug vorzubereiten; den Massen einzureden, daß es ihrer wegen erforderlich sei. Nach offiziellen Schätzungen werden vom Reich, von den Ländern und Gemeinden etwa 25 Milliarden jährlich insgesamt verpulvert. Durch die Finanzpolitik der letzten Jahre ist den breiten Volksmassen nach und nach immer mehr aufgebürdet worden. Während die großen Truste Milliarden aus den Steuergroßen der Wertpapierbranche erhielten, „Begründer“ mit der ewigen „Notlage der Wirtschaft“ erhielten sie selbst kümmerliche Steuererleichterungen. Durch diese Finanzpolitik, die von der SPD bis zu den Faschisten verantwortlich gezeichnet wird, hat der Profit der deutschen Bourgeoisie nie geachtete Dimensionen angenommen.

Daß die ganze Dedungsanfrage faktisch ein Massenbetrug ist, geht vor allen Dingen aus der Forderung nach der Verlagerung des Zigarettenkontingents hervor. Durch die Reichsregierung ist seit Jahren der Reichtums-Konzern so unterdrückt worden, daß es ihm bekanntlich gelungen ist, fast 90 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenproduktion an sich zu reißen. Dieser Konzern hat dadurch ein absolutes Monopol erhalten und bemüht sich, durch das Kontingent eine Verkaufsorganisation aufzubauen, durch die die ganzen — etwa 600 000 an der Zahl — Zigarettenhändler ausgeschaltet werden sollen. Er will außer den heute schon riesigen Monopolprofiten noch den Handelsprofit einheimeln und durch für den Laie Produktion, und Verkaufsmonopol die Konkurrenz völlig ausschalten. Klar, daß diese Bestrebungen, faktisch nichts anderes als die Verlagerung des Profits von den Zigarettenhändlern zu den Zigarettenkonzernen sind, auch die Mittelschichten ebenso wie die Profiteure des Truste willen auszulündern. Es ist klar, daß die Reichtums-Konzern über

Die Sowjetmacht — die festeste Macht der Welt!

Der politische Bericht des Genossen Stalin auf dem 16. Parteitag der KPD

Moskau, 28. Juni. Im politischen Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf dem 16. Parteitag analysierte Genosse Stalin eingehend die internationale Lage und die innere Lage der Sowjetunion. Der Schlüssel des Referats, der den Fragen der Partei gewidmet war, füllte die gesamte Abendführung aus. Der Bericht wurde von den Delegierten mit gespanntester Aufmerksamkeit entgegengenommen und wiederholt von langandauernden Beifallsbezeugungen unterbrochen. Nach Beendigung des Berichts erhoben sich die Delegierten von ihren Sitzen und bereiteten ihrem Führer eine kühnliche Ovation, die zehn Minuten dauerte.

Das Referat des Genossen Stalin Genosse Stalin beginnt mit einer kurzen Analyse der Weltwirtschaftskrise der letzten und ernstesten aller bisherigen periodischen Krisen. Darauf folgte die Darstellung der

diese Bild der Erzeugnisse des sozialistischen Aufbaues, ausfliegend in die wichtigsten Aufgaben und Probleme der nächsten Periode.

In der Abendführung schloß Stalin sein Referat mit einer Erörterung der innerparteilichen Lage, wobei neben den Fragen des Kampfes gegen den Trozkismus und die rechten Abweichungen nebst dem Verhältnismäßig besonders auch der Kampf gegen die Abweichungen in der Nationalitätenfrage: Großrussischer Chauvinismus und Lokalnationalismus — ausführlich behandelt wurden.

Sieg der Revolutionäre in Bolivien

Reuendorf, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Revolution triumphiert in ganz Bolivien. Die Revolution hat eine völlige Niederlage erlitten und mußte zurück-